

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachmittags um 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis pro Nummer 10 Pfennig. Abonnementpreise: Vierteljährlich 3,00 Mk., halbjährlich 5,50 Mk., jährlich 10,00 Mk. (Postgebühren eingeschlossen). Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Abonnementpreise: Die Abonnement-Kasse ist an der Redaktion zu haben. Die Abonnement-Kasse ist an der Redaktion zu haben. Die Abonnement-Kasse ist an der Redaktion zu haben.

Nr. 60. 86. Jahrgang. Teleg.-Abz.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Sonnabend, den 12 März 1927

Wächter der Menschheit.

Was hat der internationale Mädchenhandel mit dem Völkerverbund zu tun? Wird sich vielleicht mancher gute Mitteleuropäer erkraunt gefragt haben, als er diesen gewiß interessanten Gegenstand plötzlich auf der Tagesordnung der hohen Raterversammlung an den Westabenden des Genfer Sees auftauchen sah.

Dunkel wird er sich wohl der Tatsache erinnert haben, daß schon zu den Zeiten, als noch der Traum eines Völkerbundes keinen einzigen Schläfer beunruhigte, ebensowohl von dem schmutzigen Gewerbe des Mädchenhandels wie von seiner internationalen Bekämpfung die Rede war, nur, daß deren Fäden damals von London oder Paris über Berlin aus geleitet wurden, während sie jetzt, wie man von Herrn Chamberlain belehrt worden ist, an der Stelle zusammenlaufen, die nun einmal offenbar den Ehrgeiz hat, sich zum Mittelpunkt allen Weltgeschehens zu entwickeln. Augenzeugen berichten, daß der britische Außenminister ordentlich warm geworden sei, als er über die Fortschritte der Völkerbundarbeit gegen den Mädchenhandel berichtete, und das will schon etwas heißen für dieses Mutterbild eines Mannes — ohne jede Respektlosigkeit soll es gesagt sein — reichlich langstieligen Engländer, der sonst allenfalls beim Tennis- oder Golfspiel einigermaßen warm werden konnte. Aber Herr Chamberlain war glücklich, vermehren zu können, daß das internationale Zusammenwirken der Nationen den gemeingefährlichen Mädchenhändlern doch schon das Handwerk verächtlich erschwert habe. Wobei er mit nicht geringer Genugtuung feststellte, daß früher zumeist noch unschuldige, gänzlich ahnungslose Menschenkinder den internationalen Händlern und Händlerinnen zum Opfer fielen, während ihnen jetzt gewöhnlich nur noch ein Material ins Garn läuft, an dem nicht mehr allzuviel zu verderben ist.

Der Gegenstand solcher Verhandlungen ist gewiß nicht klein und bedeutungslos und man kann den Propheeten des Völkerbundes diesen Triumph von ganzem Herzen gönnen; aber immerhin, gemessen an den eigentlichen, den wahren und großen Aufgaben der ungeheuren Maschine, die vom Genfer Friedenspalast aus geleitet wird, muß man schon sagen, daß in ihm nicht gerade der Kern des Menschlichen umschlossen ist, von dem Herr Wilson die Menschheit zu erlösen trachtete. Die Wächter der Menschheit haben wahrscheinlich noch größere Aufgaben zu erfüllen. Ein kleiner Fortschritt in der Frage der Rheinlande, ein außerordentlich mächtiger Erfolg in der Erziehungsarbeit, die den ungebildeten Völkern gegenüber geleistet werden muß, wenn sie ausführen sollen, der unerbittliche Störenfried der europäischen Politik zu sein — das wäre immerhin schon ein schöner Sieg, des Schweißes der Edelsten aller Völker wert. Hier aber verfinstert sowohl die englische wie die französische Diplomatie in tiefster Schweigen, und Herr Chamberlain hülflos sich sofort wieder in abweisende Undurchdringlichkeit. Hier heißt es mit einem Male, man müsse warten, warten und immer noch warten, bis die „Atmosphäre“ reif geworden sei für Lösungen, die alle n wohnen und n i e m a n d verletzen können. Und so sollen wir von dieser März- wieder bis zur nächsten Juni-tagung vertrösten, ja sogar — man höre und staune — mit der Aussicht beruhigt werden, daß die hohen Herren sich dann der Abwechslung halber einmal in der deutschen Reichshauptstadt zusammenfinden würden. Kann ein deutsches Herz so vielem Entgegenkommen widerstehen? Aber schließlich: Mädchenhandel hin, Mädchenhandel her. Mit dieser internationalen Pest sind vordem auch reine Privatorganisationen überstaatlicher Art fertig geworden. Wenn es aber keine Gile haben sollte, die internationalen Brandherde auszutreten, die im Osten wie im Westen den Völkerfrieden bedrohen, dann wird nachher niemand mehr seine Hände in Unschuld waschen können, wenn wieder einmal ein Unglück geschieht.

Vielleicht erleben wir es noch, daß der Völkerbund sich auch für eine andere Frage zu interessieren beginnt, die gleichfalls etwas abseits vom Wege seiner eigentlichen Arbeitsgebiete liegen dürfte: für das, was man in Europa und anderwärts die sogenannte „neue Sittlichkeit“ zu nennen beliebt.

Womit gemeint ist die Niederlegung der Schranken und Rücksichten, innerhalb deren sich bis zu dieser aller Entlassungen spottenden Gegenwärtigen sich das Verhältnis zwischen Frau und Mann und das öffentliche Auftreten des sogenannten schwachen Geschlechts zu bewegen pflegen. Einstweilen sieht man gewisse Regierungen am Werk, die von ihnen für unselig gehaltenen Bewegung der Zeit aus eigener Kraft in die Räder zu fallen. Von Rußland ist weiß man schon seit Monaten, daß er den Geist seines Volkes wieder mit Selbstvergessenheit an Vergnügungen und Genüssen zu erfüllen sucht. Jetzt hat auch die ungarische Regierung mit barter Hand gegen das zunehmende Unwesen fragwürdiger öffentlicher Schaustellung eingegriffen. Die ungarische Polizei ist nun unausgesetzt mit der Veranstaltung von Razzien beschäftigt, um zweifelhafte Dinge von den Straßen herunterzubringen.

Aber auch die Geistlichkeit regt sich mehr und mehr im Kampf gegen die Unsitte der Zeit. So haben die hierarchischen Bischöfe in einem besonderen Hirtenbriefe gegen die modernen Tänze Stellung genommen.

Einigung über den Finanzausgleich.

Erhöhung der Steuergarantie für die Länder.

Anträge der Regierungsparteien zum Finanzausgleich. Der Steuerausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit der Frage des vorläufigen Finanzausgleichs, nachdem eingehende interfraktionelle Beratungen der Regierungsparteien vorangegangen waren, in denen sie sich über diese schwierige Materie einigten.

Das Ergebnis dieser Einigung trug im Ausschuss namens der Koalitionsparteien der Abg. Dr. Freyer (Dn.) vor. Danach wollen die Koalitionsparteien den vorläufigen Finanzausgleich um zwei Jahre verlängern. Inzwischen sollen Nießsteuer, Realsteuer und Selbstwertungsbeitrag bei den bekannten Grundstücken endgültig geregelt werden. Ein Nachwegesen dazu soll die Reichsregierung noch in diesem Jahre vorlegen. Die Steuergarantie des Reiches für die Länder soll von 2,4 auf 2,6 Milliarden erhöht werden und die 200 Millionen mehr zur Senkung der Realsteuern dienen. 450 Millionen sollen den leistungsfähigen Ländern als Ausgleich zu gute kommen. Die Länder sollen gleichfalls die kleineren steuerlich schwachen Gemeinden besonders berücksichtigen.

Die Bedeutung dieser Anträge erhebt sich dem Verlangen der Oppositionsparteien, die Verhandlungen bis Montag zu vertagen. Die Fraktionen der Opposition müßten Gelegenheit haben, zu den neuen Anträgen erst Stellung zu nehmen, weil sie eine grundsätzlich neue Finanz- und Steuerpolitik bedeuten würden. Die Regierungsparteien erklärten sich hiermit einverstanden. Die Beratung des Finanzausgleichsentwurfs und der Anträge beginnt Montag vormittag.

Erhöhung der Biersteueranteile Bayerns, Württembergs und Badens?

Die Regierungsparteien haben im Steuerausschuß des Reichstages weiterhin einen Antrag eingebracht, der den jährlichen Anteil Bayerns an der Biersteuer von 17,2 auf 45 Millionen, den Anteil Württembergs von 3,3 auf 8,633 und denjenigen Badens von 2,2 auf 5,735 Millionen Reichsmark erhöhen will. Für 1926 soll den drei Ländern ein Viertel des Unterschiedsbetrages nachgezahlt werden.

denen sie nachsagen, daß sie die Stillschließung verlegen. Die Wiener Tanzmeister wollen daraufhin die hohen Herren durch eine Vorführung von Fortritt, von Spinnweb und Charleston von der Vorzüglichkeit dieser Tänze überzeugen, und der Wiener Kardinalerzbischof wie der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel, der bekanntlich gleichfalls ein hohes kirchliches Amt bekleidet, sollen wirklich ihr Erscheinen zu dieser Veranstaltung zugesagt haben.

Aber zweifellos sind es weniger diese Dinge an sich, die abtöndend und entsetzlich wirken, als der Geist, der sich in ihnen vielfach offenbart und auswirkt. Gegen ihn werden staatliche und kirchliche Würdenträger zu Felde ziehen müssen, wenn sie der zunehmenden Verwilderung der Sitten, namentlich in den Großstädten, erfolgreich entgegenzutreten wollen. Velleit wird ihnen in diesem leibter etwas ungleichen Kampf wirklich noch einmal der helfende Arm des Völkerbundes beizubringen — wenn nicht vorher schon der reinere Sinn der Völker selbst wieder zu nüchternen Lebensgewohnheiten zurückgefunden hat.

Beileid des Völkerbundes an Japan.

Kompromiß in der oberösterreichischen Schulfrage.

Dr. Stresemann eröffnete die Freitagssitzung mit einer in warmen Worten gehaltenen Beileidskundgebung im Namen des Rates, die er anlässlich der jüngsten Erdbebenkatastrophe in Japan an den japanischen Delegierten, Grafen Ishii, richtete. Bei Behandlung der Tagesordnung wurde zunächst der Tätigkeitsbericht der Opiumkommission entgegengenommen. Auf einen Vorschlag, den Reichsminister Dr. Stresemann in seiner Eigenschaft als Berichterstatter für wirtschaftliche Angelegenheiten machte, wurde beschlossen, im Spätherbst dieses Jahres in Genf eine diplomatische Konferenz von Regierungsvertretern zur Ausarbeitung einer internationalen Konvention behufs Abschaffung der Verbote und Einschränkungen für Aus- und Einfuhr einzuberufen. Das Datum dieser Konferenz, an der auch Nichtmitglieder des Völkerbundes teilnehmen sollen, wurde vorläufig auf den 4. November festgesetzt. Gleichzeitig wurde auf Antrag von Dr. Stresemann der Tätigkeitsbericht des Wirtschaftsausschusses genehmigt und grundsätzlich dessen Vorschlägen zugestimmt, im nächsten Jahr eine internationale Konferenz amtlich tätiger Statistiker zwecks Vereinheitlichung der Wirtschaftstatistik abzuhalten. Schließlich stimmte der Völkerbundrat in seiner öffentlichen Sitzung entsprechend einem von Danzig vorgebrachten Wunsch der Abänderung des Verwendungsplanes der Stadiantafeln von 1925 debattelos zu.

Ungeklärte Lage in Genf.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Genf, 11. März. In den heutigen Abendstunden findet zwischen den verschiedenen Delegationen ein lebhafter Meinungsaustausch über die drei noch offenen Fragen statt, die in der morgigen letzten Sitzung des Völkerbundes zur Verhandlung gelangen werden. Die Lage ist zur Stunde sowohl in der Saarfrage als auch in der Oberschlesienfrage und der Frage der deutschen jüdischen Flüchtlinge völlig ungeklärt. Die größten Schwierigkeiten bestehen noch wie vor in der Saarfrage. Im Augenblick wird über den Charakter des zu schaffenden internationalen Böhmschutzkorps verhandelt. Große Gegenkräfte bestehen ferner noch über die Kommandozahl des Böhmschutzkorps und die Festsetzung des Abzugstermins für die französischen Truppen. Wie verlautet, beabsichtigt der Berichterstatter des Völkerbundes für die Saarfrage Scelozja, falls bis heute Abend keine Einigung erfolgen sollte, die gesamte Frage in der öffentlichen Ratssitzung zur Sprache und eventuell zur Abstimmung zu bringen. Sollte es tatsächlich hierzu kommen, so muß mit einer sehr lebhaften Debatte innerhalb des Rates gerechnet werden. Man nimmt an, daß in diesem Fall der Reichswohlfahrtsminister eine offizielle Erklärung über den deutschen Standpunkt in der Saarfrage abgeben wird, doch ist dies von dem Verlauf der augenblicklichen Verhandlung abhängig.

Die deutsch-rumänischen Wirtschaftsverhandlungen. — Direkter Meinungsaustausch über die Frage der Banca-Generale-Noten.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Belgrad, 11. März. Wie hier aus sehr zuverlässiger Genfer Quelle verlautet, ist in den Wirtschaftsverhandlungen zwischen Rumänien und Deutschland in den letzten Tagen insofern eine neue Phase eingetreten, als nunmehr unabhängig von den deutschen Industrie-Kreditprojekten mit Rumänien ein direkter Meinungsaustausch über die Frage der Banca-Generale-Noten zwischen dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann und dem Londoner rumänischen Gesandten Titulescu aus Anlaß ihrer augenblicklichen Anwesenheit in Genf stattgefunden hat.

In Genf sind noch zwei wichtige Fragen zu erledigen, einmal die oberösterreichische Schulfrage und schließlich die Saarfrage. Während die Aussichten einer Einigung in der letzten Angelegenheit nach wie vor schlecht sind, scheint man in der oberösterreichischen Schulfrage auf eine deutsche Anregung hin zu einem Ausweg kommen zu wollen. Ein schweizerischer Pädagoge soll nach polnisch-österreichischen geschickt werden, um zu prüfen, wie weit Polen im Rechte sei, Kindern polnischer Eltern den Besuch der deutschen Minderheitsschule zu verbieten. Der schweizerische Pädagoge soll dem Rate Bericht darüber erstatten, ob die polnischen Kinder in den Minderheitsschulen tatsächlich soweit der deutschen Sprache kundig sind, daß sie dem Unterricht folgen können. Bei dem Ergebnis dieser Untersuchung wird dann die endgültige Entscheidung des Rates abhängen.

Der belgische Delegierte Vanderhelve empfing zwei Abgeordnete der sozialistischen Arbeitergewerkschaft des Saargebietes. Sie erklärten, sie wünschten keine militärische Besetzung, seien aber der Ansicht, daß, wenn ein Schutz für die Verlehrswege notwendig sei, dieser aus dem gegenwärtig im Saargebiet lebenden französischen Soldaten ausgewählt werde, an die sie gewöhnt seien, da sie die Einsetzung einer Polizei befürchteten, die möglicherweise aus unruhigen Elementen gebildet würde, wie diejenigen, welche die Separatistenunruhen im Rheinland herbeigeführt hätten. Die Arbeitervertreter bestanden sich ferner darüber, daß mehrere Mitglieder der Regierungskommission nicht deutsch sprechen, und äußerten den Wunsch, daß das Saarmitglied der Kommission abwechselnd aus den Vertretern der verschiedenen bedeutenden Parteien des Landes gewählt werde. Nach der Unterredung hatte Vanderhelve eine Zusammenkunft mit Chamberlain, Briand und von Schubert, denen er die erwähnten Wünsche mitteilte.

Enttäuschung am Rhein.

Fort mit der Besatzung!

Die Frankfurter Zeitung bringt unter der Überschrift „Enttäuschung am Rhein“ den Leitartikel eines ins Deutsche Gebiet entsandten Redaktionsmitgliedes. Man erwartet dort, daß die Reichsregierung nunmehr mit allem Nachdruck auf der fähbaren Herabsetzung der Besatzungsstärke bestünde, die bereits in der Note der Völkerverversammlung vom 14. November 1925 versprochen sei. Das Versprechen sei unerfüllt geblieben und das sei seither eine der ganz großen Enttäuschungen des besetzten Gebietes.